Ressort: Politik

Berlin will Risiken von Tihange 2 für Deutschland untersuchen lassen

Berlin, 18.01.2017, 02:00 Uhr

GDN - Die Bundesregierung will mögliche Auswirkungen eines Unfalls im umstrittenen belgischen Atomkraftwerk Tihange 2 für die grenznahe Region in Deutschland jetzt doch selbst untersuchen lassen. Die Regierung habe die belgische Atomaufsicht gebeten, Daten für das Akw zur Verfügung zu stellen, heißt es in einer Antwort der Regierung auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion, aus der die Zeitungen der Funke-Mediengruppe zitieren.

Auf Grundlage dieser Daten solle dann das Bundesamt für Strahlenschutz beauftragt werden, eigene Ausbreitungsrechnungen durchzuführen. Die Ergebnisse sollten in bilateralen Gremien mit Belgien diskutiert werden, beteiligt würden auch die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Dabei geht es etwa um die Frage, ob die Planungszonen für Notfallmaßnahmen und die Evakuierung nach einem schweren Akw-Unfall ausreichen. Die atompolitische Sprecherin der Grünen, Sylvia Kotting-Uhl, sagte den Zeitungen, das Kraftwerk sei eine "Zeitbombe" an der Grenze zu Deutschland. "Vom zuständigen Bundesumweltministerium gerade jenes Landes, dass wegen des Risikos den Atomausstieg beschlossen hat, erwarte ich, dass es den Gefahren dieser Zeitbombe auf den Grund geht", erklärte Kotting-Uhl. Sie kritisierte zugleich, dass die Regierung eine von der Städteregion Aachen in Auftrag gegebene Studie als unzureichend bezeichnet hatte. Die Studie der Universität für Bodenkultur in Wien kommt zum Ergebnis, dass ein von Kritikern befürchtetes Versagen des Reaktordruckbehälters in Tihange zu einer großräumigen und schweren Strahlenbelastung in der deutschen Grenzregion führen würde. Bei bestimmten Wetterlagen sei mit einer vergleichbaren Situation wie in der 20-Kilometer-Sperrzone rund um das japanische Atomkraftwerk Fukushima zu rechnen. Die Bundesregierung sieht in der Untersuchung aber keine Basis für Konsequenzen bei der Katastrophenschutzplanung. Kotting-Uhl beklagte, dass die Regierung die Studie "abgekanzelt" habe, und erklärte: "Dann macht es bitte selbst besser, aber macht endlich."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-84003/berlin-will-risiken-von-tihange-2-fuer-deutschland-untersuchen-lassen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com